

Motion Fraktion SP/JUSO (Rosmarie Okle Zimmermann, SP) : Neue Wohnformen für ältere Menschen

Die Wohnbedürfnisse und Wohnformen der älteren Menschen sind vielfältig. Wohnung und Wohnumgebung gewinnen mit zunehmendem Lebensalter an Bedeutung. Darin sind sich die Altersforscherinnen und Altersforscher einig. Die Generation der über 55-Jährigen wünscht sich für die letzte Lebensphase allerdings kaum ein Alters- oder Pflegeheim. Sie stellt sich vielmehr ein selbstbestimmtes Altern in einer selbst gewählten Wohnform vor.

In Bern nimmt die Zahl von Frauen und Männern zu, die sich für eine gemeinschaftliche Wohnform in der zweiten Lebenshälfte interessieren. In einer Hausgemeinschaft zum Beispiel organisieren sich die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Gestaltung ihres Zusammenlebens und gegenseitiger Hilfe selbständig und wirken so aktiv einer drohenden Vereinsamung im Alter entgegen. Sie bewohnen eine kleinere Wohnung in einer gekauften oder gemieteten Liegenschaft, in der ein Gemeinschaftsraum das Zentrum des gemeinschaftlichen Lebens bildet. Bis heute existieren in der Schweiz erst wenige Modelle solcher Hausgemeinschaften für ältere Menschen. Zwei davon wurden in den letzten Jahren in Bern realisiert, das Stürlerhaus und die Woge 55+.

Der Hauptgrund, dass diese auch bei älteren Menschen zunehmend beliebter werdende Wohnform erst vereinzelt realisiert werden konnte, ist wohl die Schwierigkeit, auf dem Markt eine geeignete Liegenschaft zu finden. Auch hohe Investitionskosten bedeuten vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen und wenig Vermögen ein kaum überwindbares Hindernis. Zudem ist es für Interessierte schwierig, ohne fachliche Unterstützung und Begleitung auf dem mühsamen Weg von der Idee bis zur Realisierung eines Projekts voranzukommen.

Im Alterskonzept vom April 2000 ist erwähnt, die Stadt würde solchen Projekten prinzipiell positiv gegenüberstehen. Sie würde sich bei Pilotprojekten für Ausnahmeregelungen einsetzen und sich allenfalls auch in finanzieller Hinsicht engagieren, bis ordentliche Lösungen für sich bewährende Wohnforen im Alter gefunden werden können.

Gemeinschaftliche Wohnformen sind Zukunftsmodelle, deren Realisierung allerdings Mut und Risikobereitschaft erfordern. Mit der Förderung und Unterstützung eines Pilotprojekts für Menschen mit kleinen finanziellen Ressourcen könnte die Stadt dieser Wohnform in Bern zum Durchbruch verhelfen. Sie würde damit einen aktiven Beitrag leisten an die Vielfalt der Wohnformen im Alter und längerfristig gegen die angespannte Situation im Altersheimbereich.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat

- eine Machbarkeitsstudie „Gemeinschaftliches Wohnen“ vor allem auch für ältere Menschen mit kleinem Einkommen zu erarbeiten;
- sich zusätzlich dafür einzusetzen, dass auf allen geplanten Wohnflächen, auf welche die Stadt Einfluss nehmen kann, bauliche Voraussetzungen für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter geschaffen werden.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 29. April 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Rosmarie Okle Zimmermann, SP), Liselotte Lüscher, Margrith Beyeler Graf, Andreas Zysset, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Rolf Schuler, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Sylvia

Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärker, Peter Blaser, Stefan Jordi, Margrit Stucki-Mäder, Christian Michel

Antwort des Gemeinderats

In der Motion wird ausgeführt, dass alternative Wohnformen bei älteren Menschen zunehmend beliebter werden. Wie ältere Menschen wohnen oder wohnen möchten, ist Gegenstand des kürzlich erschienenen Age Reports „Traditionelles und neues Wohnen“. Darin kommt der bekannte Altersforscher François Höpflinger zum Schluss, beim gemeinschaftlichen Wohnen handle es sich um *ein Modell der Zukunft*, das es zu fördern gelte. Anders beurteilt er die Gegenwart. Aktuell bekunde zwar ein Teil der älteren Generation Sympathie für neue Wohnformen, wie Wohn- oder Hausgemeinschaften, *überlasse dies aber lieber andern*.

Die Motion wird weiter damit begründet, der Preis für alternative Wohnformen bedeute für ältere Menschen, die in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, ein kaum überwindbares Hindernis. Diese Einschätzung teilt der Gemeinderat nicht. Alternative Wohnformen kommen nicht teurer zu stehen, als die den älteren Menschen in der Stadt Bern bereits offen stehenden Modelle „altersgerechtes Wohnen“ und „betreutes Wohnen“. Wer nicht über ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügt, hat Anspruch auf Ergänzungsleistungen und Zuschüsse nach Dekret. Das letztgenannte Instrument erlaubt es, allen älteren Menschen gezielt und unbürokratisch den Wunsch alternativer Wohnformen zu ermöglichen.

Hausgemeinschaften sind im Rahmen des Modells „altersgerechtes Wohnen“ schon heute möglich. Betagte leben als Mieterinnen und Mieter in barrierefreien Wohnungen, aus denen mittels Nottaster jederzeit Hilfe und Unterstützung vor Ort angefordert werden kann. Zudem werden auf Wunsch Dienstleistungen wie Mahlzeiten, Hilfe im Haushalt oder Pflege vermittelt. Zur Förderung sozialer Kontakte unter der Mieterschaft werden weitere Aktivitäten angeboten. Dieses Modell lässt genügend Spielraum, um eine eigentliche Hausgemeinschaft zu realisieren. Für das Leben in Wohngemeinschaften sind in erster Linie grosse Wohnungen erforderlich. Diese sind in der Stadt nicht in ausreichendem Masse vorhanden. Der Gemeinderat unternimmt im Rahmen der städtischen Wohnbaupolitik grosse Anstrengungen, diesen Mangel zu beheben.

Egelmoos AG, Domicil AG und Liegenschaftsverwaltung sind bereit, Interessentinnen und Interessenten bei der Suche nach geeigneten Liegenschaften für die Realisierung von alternativen Wohnformen aktiv zu unterstützen. So wird beispielsweise zurzeit am Nischenweg, in einer von der Egelmoos AG erworbenen Liegenschaft ein entsprechendes Projekt verwirklicht.

Der Gemeinderat steht alternativen Wohnformen positiv gegenüber. Er ist überzeugt davon, dass die bisherige bescheidene Verbreitung von Haus- und Wohngemeinschaften weniger auf das Fehlen von geeigneten Liegenschaften oder Problemen mit der Finanzierung zurückzuführen ist, als auf die geringe Nachfrage. Die Feststellungen im Age Report bestärken den Gemeinderat in seiner Meinung. Dank den bewährten Instrumenten (EL/ZuD) ist die Finanzierung von alternativen Wohnformen auch für ältere Menschen mit kleinem Einkommen gesichert. Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Bedarf für eine Machbarkeitsstudie und lehnt Punkt 1 der Motion ab. Hingegen ist er mit Blick auf die für die Zukunft zu erwartende vermehrte Nachfrage bereit, sich auf den geplanten Wohnflächen dafür einzusetzen, dass die baulichen Voraussetzungen für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter geschaffen werden, falls eine tatsächliche Nachfrage vorhanden ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat den Punkt 1 der Motion abzulehnen und den Punkt 2 erheblich zu erklären.

Bern, 13. Oktober 2004